

1. Einleitung

„So what is normality? Isn't it just the way people manage to live under any particular circumstance (...) [?]“ (Gordimer 1994: 85)

Anfang März 2011 erregte eine ungewöhnliche Begebenheit die öffentlichen Gemüter in Berlin (vgl. Leonhard 2014): Etwa hundert einstige Offiziere der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR hatten sich in Uniform in einem Lokal auf dem Gelände des Tierparks im Ostberliner Ortsteil Friedrichsfelde zusammengefunden, um der Aufstellung der DDR-Streitkräfte am 1. März 1956 zu gedenken (vgl. Hasselmann/Stollowksy 2011). Das Bekanntwerden der Feier rief allseits Kritik hervor: Alle im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien, einschließlich der damals mitregierenden Partei „Die Linke“, distanzieren sich von der Veranstaltung. Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) nahm sie zum Anlass, um ein Verbot des Zeigens von Uniformen und Symbolen der DDR in der Öffentlichkeit zu fordern (ebd.). Seitens der Behörden wurden indes keine weiteren Schritte unternommen, da der Berliner Verfassungsschutz Organisatoren wie Teilnehmer der Gedenkfeier als ungefährlich für die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik einstuft (vgl. Jacobs 2011). Die öffentliche Aufmerksamkeit für die Veranstaltung anlässlich des 55. Gründungstages der NVA im Berliner Tierpark ebte daraufhin wieder ab.

Dieser Vorfall ist in zweifacher Hinsicht aufschlussreich: Zum einen lenkt er die Aufmerksamkeit auf eine Personengruppe, die, von punktuellen Ausnahmen abgesehen,¹ seit Jahren aus dem Licht der breiten Öffentlichkeit verschwunden ist und über deren Werdegang seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und der damit verbundenen Auflösung der NVA vergleichsweise wenig bekannt ist. Zum anderen illustriert die Episode, dass mit Blick auf die DDR auch über zwei Jahrzehnte nach deren Untergang unterschiedliche soziale Erinnerungs-

1 Ebenfalls für Aufregung sorgten in den vergangenen Jahren Aufmärsche ehemaliger Offiziere der NVA sowie des Wachregiments „Feliks Dzierzynski“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow im Mai anlässlich des Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkriegs. Dies fachte die Debatte um ein Verbot von DDR-Symbolen erneut an (vgl. Kittan 2013; Rennefanz 2013; Strauß 2014).

sowie Vergessensansprüche bestehen: Die vormaligen NVA-Angehörigen reaktualisierten mit der Veranstaltung im Tierpark Friedrichsfelde den 1957 in der DDR eingeführten und seitdem bis zum Ende der DDR alljährlich gefeierten „Tag der Nationalen Volksarmee“ und knüpften so an die militärische Gedenkpraxis in der DDR an. Genau dagegen richteten sich die Kritiker der Feier, indem sie die Legitimität einer derartigen Erinnerung unter Berufung auf den diktatorischen Charakter des DDR-Regimes und seiner Institutionen bestritten. Sie erneuerten ihrerseits die seit der Vereinigung in Politik und Öffentlichkeit vorherrschende negative Sichtweise der DDR und ihrer Streitkräfte. Wissenssoziologisch betrachtet handelt es sich hierbei um ein konflikthafte Zusammentreffen unterschiedlicher Wissensbestände in Bezug auf die DDR beziehungsweise die NVA, welche die Existenz verschiedener sozialer Wirklichkeiten und damit ein Integrationsproblem markieren.

Dass es unterschiedlich gelagerte Sichtweisen auf ein und denselben Gegenstand und somit unterschiedliche Wirklichkeiten geben kann, ist eine Beobachtung, die wir alltäglich machen: angefangen vom morgendlichen Disput zwischen Lebens(abschnitts)partnern darüber, wie das Frühstücksgeschirr in der Spülmaschine zu verstauen sei, bis hin zur Auseinandersetzung zwischen den im Parlament vertretenen politischen Parteien um die richtige Lösung des Problems der allgemeinen Gesundheitsversorgung in Zeiten knapper Kassen und steigender Ausgaben. Die Problematik, die dem erwähnten Vorfall zugrunde liegt, ist jedoch anders gelagert. Mit der im März 2011 abgehaltene Gedenkveranstaltung wurde an etwas erinnert, das lange – nämlich solange die NVA bestand – offiziell erwünscht und in diesem Sinne allgemein akzeptiert war. Ab einem bestimmten Zeitpunkt verlor dieses Gedenken indes nicht nur seinen ursprünglichen Zweck, sondern auch seine Legitimität: Das bis 1989 ‚richtige‘ Gedenken wurde mit der Vereinigung 1990 zu einer ‚falschen‘, das heißt offiziell und öffentlich unerwünschten Erinnerung. Diejenigen, die daran festhielten, wie etwa der frühere NVA-Armeegeneral und Verteidigungsminister der DDR Heinz Kessler², der 1993 wegen des Schießbefehls an der innerdeutschen Grenze rechtskräftig verurteilt wurde und einer der Teilnehmer an der Veranstaltung im Tierpark war, verwandelten sich in soziale Außenseiter.

2 Zum Werdegang von Heinz Kessler (Jahrgang 1920), der von 1985 bis 1989 Minister für Nationale Verteidigung der DDR war, siehe Uhl (2003).

Fälle wie dieser verdeutlichen, dass politische Systemwechsel immer auch Rahmenwechsel³ bedeuten: Die sozialen Bedingungen, nach denen individuelle wie kollektive Wissensbestände aufgegriffen und eingeordnet werden, verändern sich mit dem Wandel der politischen Ordnung. Politische Systemwechsel führen zu Veränderungen im „kommunikativen Haushalt“ einer Gesellschaft (Luckmann 1986: 206; siehe hierzu auch Knoblauch 1995: 302 ff.), gehen also mit Erinnern und Vergessen einher und implizieren sowohl die Bewahrung als auch die Modifizierung, Anpassung oder Aufgabe von Wissensbeständen und damit das, was man als ‚Gedächtnisarbeit‘ bezeichnen könnte. Wie die öffentliche Diskussion um die NVA-Gedenkfeier beispielhaft veranschaulicht, wandeln sich auf die Vergangenheit bezogene Wissensbestände allerdings nicht immer und überall in gleicher Weise. Vielmehr kann es zur Herausbildung und dauerhaften Verfestigung von Wirklichkeiten kommen, die unter Umständen sehr stark voneinander abweichen. Dies führt zu der Frage, wie dennoch eine wie auch immer geartete Vereinbarkeit und Anschlussfähigkeit von Wissensbeständen sichergestellt werden kann, welche die Voraussetzung für soziale Interaktion und wechselseitige Verbundenheit – kurz: für Integration – der Träger dieser jeweiligen Wirklichkeiten bildet. Und ab wann Differenzierung von Wissensbeständen und Desintegration, das heißt fehlende Anschlussfähigkeit und somit fehlende Kommunikation, zu einem gesellschaftlichen Problem werden.

In einer Klärung dieser Frage, die auf die Bedeutung des Gedächtnisses für Integration abhebt, liegt die theoretische Zielstellung dieser Arbeit. Sie wird begründet und zugleich ergänzt durch ein empirisches Erkenntnisinteresse, das auf die Bestimmung von Lage und Selbstverständnis vormaliger NVA-Offiziere im vereinigten Deutschland abhebt. Erklärte Absicht ist es somit, sowohl einen Beitrag zum besseren Verständnis der beabsichtigten und unbeabsichtigten Folgen des gemeinhin längst als abgeschlossen angesehenen Vereinigungsprozesses zu leisten als auch die sozialwissenschaftliche Diskussion über Bedingungen und Faktoren sozialer Integration weiterzuentwickeln.

3 Zu Herkunft, Bedeutung und Anschlussfähigkeit der soziologischen Rahmenmetapher bei Halbwachs, Goffman und anderen siehe z. B. Dimbath (2013).

1.1 Problemaufriss: Die deutsche Vereinigung und das Problem der Integration von Fremden

Die Frage, was Gesellschaften zusammenhält, stellt sich aus soziologischer Sicht immer dann, wenn es um die grundsätzliche Erkenntnis von Formen und Funktionen sozialer Zusammenhänge geht. Das Problem gesellschaftlicher Integration tritt besonders augenfällig in Erscheinung, wenn es aufgrund äußerer oder innerer Umstände zu massiven Auflösungserscheinungen bestehender Strukturen kommt, die die bisherige gesellschaftliche Ordnung nachhaltig verändern. (Bürger)Kriege, Revolutionen und politische Systemwechsel sind Beispiele eines solchen beschleunigten Wandels der Modalitäten gesellschaftlichen Zusammenhalts. Auch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, die auf die friedliche Revolution im Herbst 1989 in der DDR folgte, ist ein solcher Fall, der aufgrund seiner Besonderheiten für die Untersuchung von Integrationsprozessen von speziellem Interesse ist.

Die Entscheidung für einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes und damit gegen eine Konföderation (und die daraus resultierende Ausarbeitung einer gemeinsamen neuen Verfassung) nach Artikel 146 hatte bekanntlich die Übertragung der westdeutschen Institutionenordnung auf Ostdeutschland zur Folge. Die damit verbundene Komplexitäts- und Problemreduktion ermöglichte den schnellen Vollzug der Einheit (vgl. Lehmbruch 1990, 1995). Viele mit der Vereinigung zusammenhängende Probleme wurden damit allerdings aus dem politischen Entscheidungsbereich in andere gesellschaftliche Sphären verschoben:

„Die Wahl der institutionellen Arena bestimmt den Handlungskontext und die Rationalitätskriterien, unter denen bestimmte Akteure handeln. Dabei werden Probleme in andere Handlungskontexte ausgelagert, auch bleiben alternative Lösungskriterien unbeachtet. Im Einigungsprozeß wurden viele Probleme externalisiert und blieben der Bewältigung der betroffenen Individuen überlassen.“ (Lepsius 2001: 62)

Während sich das Alltagsleben für die überwiegende Mehrheit der Westdeutschen durch die Vereinigung kaum veränderte, wurden die Ostdeutschen durch die institutionelle Ausweitung der Bundesrepublik auf das Territorium der DDR quasi von einem Tag auf den anderen mit einem erheblichen Anpassungsdruck konfrontiert. Ihr Verhältnis zu den transformierten institutionellen Settings kann mit der Denkfigur des Fremden (vgl. Merz-Benz/Wagner 2002) soziologisch gefasst werden: Der Fremde, der nach Georg Simmels klassischer Definition als der „Wan-

dernde, (...) der heute kommt und morgen bleibt“ ([1908a] 1968: 509) beschrieben werden kann, steht vor der Herausforderung, in seiner Doppelrolle als Außenstehender und Mitglied einer sozialen Gruppe zugleich seinen Platz zu finden und sich in diesem Sinne zu *integrieren*. Ob und wie er das schafft, hängt sowohl davon ab, welche ‚objektiven‘ Möglichkeiten sich bieten und/oder die Gruppe ihm hierzu einräumt, als auch davon, wie es ihm gelingt, sich ‚subjektiv‘ auf die neuen Gegebenheiten einzulassen, wobei sich beide Seiten wechselseitig bedingen. Die Figur des Fremden wurde daher nicht nur als Heuristik für eine allgemeine Bestimmung der Situation der Ostdeutschen nach der Vereinigung (siehe z. B. Pollack 2003), sondern auch für die empirische Untersuchung von Formen und Entstehungsbedingungen von ost- beziehungsweise westdeutscher Fremdheit aufgegriffen (z. B. Schwibbe 1993; Stenger 1997, 1998; Dreke 2003).⁴

Gilt das Interesse, wie eingangs angedeutet wurde, der Frage nach dem Umgang mit unterschiedlichen Wissensbeständen, erweisen sich die Überlegungen von Alfred Schütz ([1944] 2011) zur Situation des Fremden im Moment der Annäherung an eine neue Gruppe als besonders instruktiv. Wie unter anderem Thomas Gensicke (1998) aufgezeigt hat, standen die „neuen Bundesbürger“ nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik vor der Aufgabe, entsprechend der nun geltenden bundesrepublikanischen „Üblichkeiten“ (ebd.: 18) ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Das Wissen, das zu Zeiten der DDR Bestand hatte, erfuhr eine Abwertung und verlor in Teilen – insbesondere mit Blick auf die Funktionsweisen von Politik, Wirtschaft und Verwaltung – seine Bedeutung. Ähnlich wie der von Schütz beschriebene Neuankömmling waren die Ostdeutschen folglich in vielerlei Hinsicht gezwungen, sich mit neu(artig)en Denk- und Handlungsmustern auseinanderzusetzen und/oder sich diese zumindest teilweise anzueignen.

Die entsprechende Neujustierung von Wissensbeständen betraf allerdings nicht nur das Handeln im Hier und Jetzt sowie mit Blick auf die Zukunft in einem nun vereinigten Deutschland, sondern umfasste auch die Vergangenheit. Wie die zahlreichen öffentlichen Kontroversen um den DDR-spezifischen Umgang mit der Vergangenheit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs oder um die DDR-Geschichtsschreibung zeigen,⁵ ging das Ende der DDR als Staat und Gesell-

4 Auch in den Studien, die sich mit DDR-Übersiedlern in der Bundesrepublik beschäftigen (z. B. Pratsch-Ronge 1989; Ronge 1990; Gehrman 1992; Schumann et al. 1996) wird die Frage der Überwindung von Fremdheit – wenn auch oftmals eher indirekt – thematisiert.

5 Siehe hierzu etwa Schmidts (2005) Überblick zur Problematik der „doppelten Vergangenheitsbewältigung“ sowie Sabrows (2003) Analyse der „Historikerdebatte über den Umgang mit 1989“.

schaftsmodell nicht zuletzt mit einer Abwertung der dort gepflegten Sicht auf die Vergangenheit einher, verbunden mit entsprechenden Bemühungen, ein an bundesrepublikanischen Maßstäben orientiertes gemeinsames Geschichtsbild zu schaffen, das die DDR als nun abgeschlossenen Teil der deutschen Geschichte mit umfasste.

Zusammengenommen haben wir es auf ostdeutscher Seite im Fall der Vereinigung folglich mit einem Wandel des Alltagslebens durch die Konfrontation mit neuem Wissen bei gleichzeitiger faktischer wie normativer Entwertung bisheriger Wissensbestände unter den Bedingungen einer grundsätzlichen strukturellen wie kulturellen westdeutschen Hegemonie zu tun (vgl. Bergem 2005: 323). Die mit der Vereinigung in spezifischer Weise verbundene Integrationsproblematik lässt sich vor diesem Hintergrund als Problem der Integration unterschiedlicher Wissensbestände fassen. Im Rahmen der vorliegenden Studie wurden der Umgang mit diesem Problem und die hierfür entwickelten Lösungsstrategien für eine bestimmte Personengruppe – Angehörige des Offizierskorps der mit der Vereinigung aufgelösten Nationalen Volksarmee der DDR – empirisch näher untersucht.

1.2 Untersuchungsgegenstand und Fragestellung: Die Bedeutung des Gedächtnisses für gesellschaftliche Integration

Das Thema dieser Arbeit ist die gesellschaftliche Integration staatlicher Funktionsträger nach einem politischen Systemwechsel, die am Beispiel von Angehörigen der Streitkräfte betrachtet wird. Zu diesem Zweck wurden zwischen 2002 und 2008 berufsbiographische Interviews mit vormaligen NVA-Offizieren durchgeführt. Der Fokus der Untersuchung wurde auf die Gruppe der Berufssoldaten der DDR gelegt, da diese qua Amt in besonderer Weise mit der sozialistischen Gesellschaftsordnung sowie der herrschenden Staatspartei verbunden waren. Aufgrund ihrer besonderen Systemnähe gehörten sie nach dem Ende der DDR zu dem Personenkreis, der sich in spezifischer Weise diskreditiert sah. Nimmt man an, dass die staatstragende Funktion der NVA und die besondere Verbundenheit ihrer Berufssoldaten mit den politischen Zielen des Sozialismus und der Partei im Kontext der deutschen Zweistaatlichkeit formal mit einer besonderen Ablehnung der Bundesrepublik und ihrer Institutionen einherging, so ist ferner davon auszugehen, dass eine Annäherung an die bundesrepublikanische Gesellschaftsordnung für NVA-Offiziere besonders große Herausforderungen mit sich brachte. Die Möglichkeiten und Hindernisse eines durch einen politischen Umbruch induzier-

ten Wandels von Wissensbeständen und der darauf beruhenden Praktiken und Weltsichten lassen sich daher in diesem Fall besonders gut untersuchen.

Im Folgenden wird auf der Basis des erhobenen Interviewmaterials herausgearbeitet, wie der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik im Bereich des Militärs politisch vollzogen wurde, welche Integrationsangebote damit für Angehörige der NVA verbunden waren und welche Positionen sie vor diesem Hintergrund im vereinigten Deutschland erreichen konnten. Darüber hinaus und vor allem wird aufgezeigt, wie vormalige NVA-Offiziere das Ende der politischen Ordnung der DDR und der damit verbundenen Ideen und Werte verarbeiteten, zu deren Verteidigung sie sich einst verpflichtet hatten, und welches Verhältnis sie vor diesem Hintergrund zur neuen Gesellschaftsordnung entwickelten. Das Augenmerk liegt dabei zum einen auf den Modalitäten der Inanspruchnahme von Wissensbeständen, die auf die DDR und/oder auf die gegenwärtige politische Ordnung verweisen. Diese werden mittels eines entsprechenden wissenssoziologisch fundierten Gedächtniskonzepts herausgearbeitet. Zum anderen wird das Verhältnis von objektiven und subjektiven Einflussfaktoren für die individuelle gesellschaftliche Verortung analysiert. Die entsprechenden Erkenntnisse dienen dazu, Art und Umstände der seitens der betrachteten Personengruppe nach 1990 vollzogenen Vergesellschaftungsprozesse zu bestimmen und daraus Schlussfolgerungen bezüglich der Bedeutung des Gedächtnisses für gesellschaftliche Integration abzuleiten.

Mit dem so umrissenen Erkenntnisinteresse greift diese Arbeit Fragen auf, die vor allem im ersten Jahrzehnt nach der Vereinigung unter dem Schlagwort der ‚inneren Einheit‘ (vgl. Kaase 1994) sowie zu Beginn der 2000er-Jahre mit Blick auf Phänomene von ‚Ostalgie‘ diskutiert wurden. Gegenstand des ersten Diskussionsstrangs waren die Unterschiede in den Einstellungs- und Verhaltensweisen, vor allem in Bezug auf das Politik- und Demokratieverständnis,⁶ die zwischen Bürgern in sogenannten alten und neuen Bundesländern festzustellen waren.⁷ Schon damals wurde das vielen Beiträgen zugrunde liegende deterministische Verständnis von Integration (beziehungsweise ‚Einheit‘) als eine (möglichst weitreichende) Angleichung der Ostdeutschen an die Westdeutschen kritisiert und für eine pluralistischere Perspektive auf die mit der Vereinigung angestoßenen Ent-

6 Diesem kommt aus Sicht der von Almond und Verba ([1963] 1989) begründeten Tradition der politischen Kultur- und Einstellungsforschung eine zentrale Bedeutung für die Stabilität eines politischen Gemeinwesens zu.

7 Siehe hierzu z. B. Klingemann/Kaase (1994); Fuchs/Roller/Weßels (1997); Gabriel (1997); Pollack (1997a); Walz/Brunner (1997); Meulemann (1998); Pickel/Pickel/Walz (1998); Falter/Gabriel/Rattinger (2000); Pickel/Walz/Brunner (2000), Gabriel/Falter/Rattinger (2005).

wicklungen plädiert (z. B. Veen 1997). Zu Recht wurde darüber hinaus Kritik an der statischen Sichtweise geübt, welche die Diskussion über Erklärungsansätze für die beobachteten Ost/West-Differenzen dominierte (z. B. Pollack 1998). Thomas Bulmahn (2000) entwickelte in diesem Zusammenhang den Vorschlag, empirisch messbare Einstellungen als Ergebnis eines komplexen Zusammenspiels von Erfahrungen und Erwartungen zu konzipieren.⁸ Er rekurrierte hierfür auf die Überlegungen von Reinhart Koselleck ([1979] 1984) zum Verhältnis von „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ zur metahistorischen Beschreibung des Umgangs mit (geschichtlicher) Zeit. ‚Erfahrung‘ ist Koselleck (ebd.: 354) zufolge „gegenwärtige Vergangenheit, deren Ereignisse einverleibt worden sind und erinnert werden“; ‚Erwartung‘ stellt hingegen „vergegenwärtigte Zukunft“ dar, die sich im Heute vollzieht und auf das „Noch-Nicht, auf das nicht Erfahrene, auf das nur Erschließbare“ abzielt (ebd.: 355). Diese geschichtsphilosophisch hergeleitete Annahme wird auch von an der Phänomenologie Edmund Husserls geschulten Vertretern der Soziologie (wie z. B. Alfred Schütz oder Niklas Luhmann) geteilt, nämlich dass gegenwärtige Einstellungen sowohl auf Erfahrungen gründen, die auf die Vergangenheit verweisen, als auch auf Vorstellungen hinsichtlich der Zukunft beruhen. Folgt man diesen Überlegungen, rücken das Gedächtnis – verstanden als der ‚Ort‘, wo Erfahrungen und Erwartungen zusammentreffen und in Form von Erinnern und Vergessen verarbeitet werden – und damit auch die Bedingungen in den Mittelpunkt, welche die Inanspruchnahme von Wissensbeständen und darauf aufbauend die Formierung von Einstellungen und Verhaltensweisen beeinflussen.

In eine ähnliche Richtung geht auch der Ansatz, der von Thomas Ahbe (Ahbe 1997, 2001, 2003, 2004a, 2005) im Kontext der Debatte um DDR-Nostalgie (beziehungsweise ‚Ostalgie‘) vertreten wurde und der auf den zweiten der beiden erwähnten Diskussionsstränge verweist.⁹ Anstatt die nicht zuletzt anlässlich des Spielfilms *Good Bye, Lenin!*¹⁰ medial breit diskutierte Frage aufzugreifen, ob und inwieweit positiv konnotierte Bezugnahmen auf die DDR angesichts deren diktatorischen Charakters ‚zulässig‘ seien, beschäftigte sich Ahbe in seinen Arbeiten zur Renaissance der „Produkt“- sowie „Symbolkultur“ der DDR (Ahbe 2001: 781) mit deren Ursachen. Er lenkte so die Aufmerksamkeit auf die (hier: vereini-

8 Für eine Anwendung dieses Ansatzes auf die Interpretation von Einstellungen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik siehe Biehl/Bulmahn/Leonhard (2003).

9 Siehe z. B. Häder (1998); Fritze (1999); Gebhardt/Kamphausen (1999); Mühlberg (2002); Goll/Leurer (2004); Neller (2000, 2005, 2006).

10 Siehe hierzu die differenzierte Filmkritik von Lindenberger (2004).

gungsbedingten) Umstände solcher vergangenheitsbezogenen Reaktualisierungen und auf die funktionale Bedeutung von Erinnern und Vergessen sowie die damit zusammenhängende grundsätzliche Frage, auf welche Weise und unter welchen Bedingungen Menschen und die von ihnen konstituierten sozialen Gebilde von der Vergangenheit ‚loskommen‘ können, wollen oder müssen – oder genau dazu nicht in der Lage sind.

Der für diese Arbeit gewählte Zugang setzt an dieser Stelle an. Er legt den Fokus auf die Art und Weise, *wie* sich ein durch einen politischen Umbruch ausgelöster kultureller Wandel und somit Veränderungen von Wissensbeständen vollziehen. Dies bedeutet nicht nur, die Rahmenbedingungen zum Thema zu machen, die auf der individuellen Ebene eine Anpassung von Wissensbeständen erzwingen oder ermöglichen (beziehungsweise erschweren oder erleichtern). Vor allem geht es darum, die Formen und Modalitäten zu präzisieren, nach denen eine solche Anpassung erfolgt (oder ausbleibt). Der für diese Analyse gewählte Untersuchungszeitpunkt anderthalb Jahrzehnte nach der Vereinigung eröffnet vor diesem Hintergrund eine zeitliche Perspektive, die Erkenntnisse über mittel- bis langfristige Folgen des mit der Vereinigung geschaffenen Wissensproblems erlaubt: Die vorliegende Untersuchung setzt gewissermaßen dort an, wo Schütz' Analyse des Fremden endet, indem sie den Blick auf das richtet, was nach den (ersten) Begegnungen mit ‚fremden‘ Denk- und Handlungsmustern passiert ist. Der Rückgriff auf das Konzept des Gedächtnisses – als Instanz für Erinnern und Vergessen, die das Aufgreifen oder Weglassen von Wissensbeständen bestimmt und damit auch, wie man die Welt um sich herum wahrnimmt und deutet – macht es möglich, die Bedeutung vergangener Erfahrungen für die Gegenwart zu berücksichtigen, ohne die Vergangenheit als eine feststehende Erbschaft zu konzipieren, die unveränderbar ist.¹¹ Dies ist entscheidend, um das Problem der Integration unterschiedlicher Wissensbestände in den Blick nehmen zu können, das durch die Vereinigung in spezifischer Weise geschaffen wurde, aber durchaus auch in anderen Kontexten (z. B. im Rahmen von Migration, aber auch im Fall von Unternehmensfusionen) auftreten kann. Die Erkenntnisse, die anhand des hier betrachteten empirischen Falls hinsichtlich der Lösungsmöglichkeiten und -hindernisse einer als Wissensproblem verstandenen Integrationsproblematik herausgearbeitet werden, sind folglich nicht nur für den Kontext der Vereinigung von Relevanz.

11 Siehe hierzu auch die entsprechende Kritik von Sebald/Weyand (2010) an der Transformationsforschung.

1.3 Zum Aufbau des Buches

Die nachfolgenden Ausführungen sind dreigeteilt: Der erste Teil erläutert den konzeptionellen Rahmen der Arbeit. Hierfür wird zunächst in Auseinandersetzung mit verschiedenen wissenssoziologischen Ansätzen ein funktionalistisches Gedächtniskonzept entwickelt, das auf die Klassifizierung von Wissensbeständen abhebt und die Aufmerksamkeit auf diejenigen Bedingungen und Faktoren lenkt, die entsprechende Klassifizierungsprozesse bedingen (Kap. 2). Daran schließt eine Diskussion unterschiedlicher Modelle gesellschaftlicher Integration an, auf deren Grundlage ein prozessbezogenes Verständnis von Integration als wissensbasierte Auseinandersetzung mit der sozialen Umwelt herausgearbeitet wird (Kap. 3). In Kapitel 4 erfolgt die Herleitung der zentralen Untersuchungskategorien für die Analyse des empirischen Falls und die Erläuterung des methodischen Zugangs: Zum einen werden anhand der Konzepte ‚Wirklichkeitsordnung‘ und ‚Gedächtnispolitik‘ Merkmale und Bedingungen politischen Handelns im Kontext eines politischen Umbruchs expliziert, welche auch im Fall der Vereinigung der beiden deutschen Staaten zum Tragen kamen. Zum anderen werden Muster und Einflussfaktoren der Verarbeitung einschneidender Ereignisse auf der individuellen Ebene anhand des Konzepts der Biographie erläutert. Dies begründet auch den methodischen Ansatz, der für die Erhebung sowie Auswertung der Interviews gewählt wurde und im letzten Abschnitt dieses Kapitels skizziert wird.

Der zweite Teil des Buches ist der Darstellung der politischen und sozialen Lage von NVA-Offizieren vor und nach der Vereinigung gewidmet. Nach einem auf Sekundärliteratur gestützten einführenden Überblick über Merkmale und Einflussfaktoren des Offiziersberufs in der DDR (Kap. 5) werden die Maßnahmen des materiellen und symbolischen Ein- und Ausschlusses von NVA-Angehörigen aufgezeigt, die die Gedächtnispolitik der Bundeswehr kennzeichnen, die nach der Vereinigung implementiert wurde (Kap. 6).

Der dritte Teil präsentiert die Ergebnisse der Interviewanalyse. In Kapitel 7 wird anhand der thematischen Bezugspunkte, welche die berufsbiographischen Erzählungen der befragten NVA-Offiziere verbinden, der gemeinsame Erfahrungshintergrund der untersuchten Personengruppe rekonstruiert. Dieser beruht auf der gemeinsamen Tätigkeit bei der NVA vor 1989, spiegelt aber ebenso die asymmetrischen Bedingungen des Vereinigungsprozesses wider. In Kapitel 8 wird herausgearbeitet, wie sich die befragten Offiziere im Rahmen ihrer berufsbiographischen Darstellungen mit unterschiedlich kodierten Wissensbeständen auseinandersetzen. Auf der Grundlage der dabei zu beobachtenden Klassifizierungsprozesse wird eine

Typologie entwickelt, welche die Modi der Inanspruchnahme von ‚altem‘ und ‚neuem‘ Wissen abbildet und so Einblicke in typische Formen individueller Sinnbildung vor dem Hintergrund konkurrierender Wirklichkeitsordnungen eröffnet. Kapitel 9 geht schließlich der Frage nach, mit welchen individuellen Krisenerfahrungen der Systemwechsel verbunden war und welche biographischen Anknüpfungsmöglichkeiten den befragten Offizieren im Einzelfall nach 1990 zur Verfügung standen. Unter Rückgriff auf das Konzept der Relevanz (Schütz) wird dabei das empirisch feststellbare Verhältnis zwischen objektiver und subjektiver Lage ausgeleuchtet und begründet.

Kapitel 10 führt die Ergebnisse dieser unterschiedlichen Zugänge abschließend zusammen und leitet Schlussfolgerungen hinsichtlich der mit unterschiedlichen Wissensbeständen verbundenen Integrationsproblematik ab, die im Kontext eines politischen Umbruchs in besonders prägnanter Weise, aber keineswegs nur dort auftritt.